



**EGÖD-Konferenz über: Kollektivverhandlungen und sozialer Dialog  
Brüssel, 30. November-1. Dezember 2006  
mit Unterstützung der Europäischen Kommission**

**EGÖD-Jahresbericht über Kollektivverhandlungen 2006 -  
Zusammenfassung**

**Entwicklungen bei den Kollektivverhandlungen**

In mehreren Ländern ist das Problem der Kollektivverhandlung selbst eine zentrale Sorge insbesondere im Sektor der nationalen Verwaltung gewesen. ROTAL in **Estland** setzt seine Kampagne für das Recht auf Verhandlung für Staatsbeamte fort, während sich die EGÖD-Mitglieder in **Frankreich** und **Portugal** mit Regierungen konfrontiert sehen, die anstatt sich auf anständige Verhandlungen einzulassen unangemessene Lohnerhöhungen auferlegt haben. Dies war in Portugal nur eines der Probleme hinter einer ganzen Reihe von Streiks und Demonstrationen in diesem Jahr. In der **Türkei** besitzen die Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst nicht das Recht auf Streik und Lohnerhöhungen wurden in diesem Jahr erst eingeführt, nachdem ein Schlichtungsgremium den Streit nicht lösen konnte. In **Italien** sind in den vergangenen Jahren die langen Verzögerungen beim Abschluss neuer Kollektivverträge und ihrer anschließenden Durchführung im öffentlichen Dienst die Hauptprobleme gewesen. In diesem Jahr setzten die Steuerbeamten Streiks ein, um ihren Kollektivvertrag nach langen Verzögerungen zur Anwendung zu bringen.

Die Lohnerhöhungen in den meisten Ländern und Sektoren konnten mit der Inflation gleichziehen oder an ihr vorbeiziehen. Zu den Hauptausnahmen gehören **Portugal** und **Frankreich**, wo die Regierungen 2006 die Löhne um 1,5% anhoben. Mit einer Inflationsrate von 3% am Jahresende in Portugal und 2% in Frankreich bedeutet dies, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst weitere Verluste bei ihren Reallöhnen hinnehmen mussten und die Gewerkschaften künftig höhere Lohnsteigerungen fordern werden um die Minderung der Kaufkraft auszugleichen.

Die Löhne der Beschäftigten im Gesundheitswesen ist besonders in Mittel- und Osteuropa ein Problem gewesen und zog eine Reihe von Demonstrationen und Streiks gegen die Lohnniveaus und Privatisierungen in **Bulgarien**, der **Slowakei**, **Polen** und **Estland** mit sich. Geringe Löhne im öffentlichen Sektor schaffen ganz allgemein ein Personalbeschaffungsproblem, da viele Beschäftigte in westeuropäische Länder auswandern. Dies war im November in **Litauen** einer der Hauptgründe für eine landesweite Demonstration unter dem Motto „Europäische Löhne für litauische ArbeitnehmerInnen“.

In der **Schweiz**, wo Lohnverhandlungen stark dezentralisiert sind, schlossen sich Gewerkschaften des öffentlichen und des privaten Sektors in einer landesweiten Lohnkampagne zusammen, die mit dem Schwerpunkt auf Lohngleichheit im Frühjahr begann und zu einer 25.000 Personen starken, landesweiten Demonstration im September führte. Die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors erfuhren in den vergangenen 12 Jahren eine schrittweise Aushöhlung ihrer Reallöhne, da die Lohnerhöhungen hinter der Inflation zurück blieben.

Die Beschäftigten der Landesregierungen in **Deutschland** waren am längsten Streik des öffentlichen Sektors seit dem Zweiten Weltkrieg beteiligt. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di koordinierte über einen Zeitraum von 14 Wochen im Februar, März und April in einer Reihe von Ländern Maßnahmen mit anderen Gewerkschaften. Die Gewerkschaften widersetzten sich erfolgreich den Versuchen von Seiten der Arbeitgeber, allgemein längere Arbeitszeiten durchzusetzen. Die Arbeitgeber waren 2004 von dem Arbeitszeitvertrag des öffentlichen Dienstes

zurückgetreten und hatten sich geweigert, 2005 den neuen Vertrag für den öffentlichen Dienst zu unterzeichnen, der von den Arbeitgebern der Bundes- und Kommunalregierungen unterstützt wurde. In Folge der Streiks wurde in den Ländern eine Reihe von unterschiedlichen Arbeitszeitverträgen vereinbart, und Anfang November trat ein neuer Tarifvertrag in Kraft. In **Großbritannien** gab es im Laufe des Jahres eine Anzahl weiterer Kontroversen im öffentlichen Dienst mit mehreren Lohnstreitigkeiten bei den dezentralisierten Tarifvereinbarungen des öffentlichen Dienstes. Doch waren am größten Arbeitskampf die Beschäftigten des britischen Ministeriums für Arbeit und Renten beteiligt, die gegen die aus der Gershon-Effizienzprüfung hervorgegangenen geplanten Kürzung von 30.000 Arbeitsplätzen protestierten. Beim Streik im **norwegischen** Elektrizitätssektor am Ende des Sommers ging es um die Löhne, Zulagen und Outsourcing; er brachte ein für die Gewerkschaften zufriedenstellendes Ergebnis u.a. insbesondere eine Outsourcing-Vereinbarung, die auf die Verhinderung von Sozialdumping abzielte.

### **Sozialer Dialog**

Der Ausschuss für den sozialen Dialog im **Krankenhauswesen** kam im September zum ersten Mal offiziell zusammen und brachte den EGÖD und HOSPEEM zusammen, die vom europäischen Zentralverband für die öffentliche Wirtschaft CEEP gegründete Arbeitgebervereinigung im Gesundheitswesen. Der offizielle Ausschuss wird sich weiterhin auf die in den letzten Jahren in inoffiziellen Debatten entwickelten Schlüsselthemen konzentrieren: die Anwerbung und Bindung von Mitarbeitern, das Altersprofil der Belegschaften und die Anforderungen an die Fertigkeiten der Mitarbeiter.

Im Sektor der **nationalen Verwaltung** wurde der soziale Dialog zwischen den Generaldirektoren der Verwaltung und der vom EGÖD geleiteten Gewerkschaftsdelegation fortgesetzt. Im Dezember wurde eine gemeinsame Erklärung zur Gleichheit und Unterschiedlichkeit unterzeichnet gefolgt von einer gemeinsamen Erklärung zur Mobilität von Staatsbeamten im Juni 2006. Es gibt optimistische Anzeichen dafür, dass ein Fortschritt in Richtung auf die Formalisierung des sozialen Dialogs in diesem Sektor unter dem deutschen EU-Vorsitz in der ersten Hälfte 2007 gemacht wird.

Gesundheit und Sicherheit, Gleichheit und Unterschiedlichkeit sowie Beschäftigung gehörten im Laufe des Jahres zu den Hauptthemen des Ausschuss für den sozialen Dialog im **Elektrizitätssektor**. Es wurde eine aktualisierte Erklärung zur Gesundheit und Sicherheit entworfen, die auch insbesondere Fragen der Gleichstellung sowie neue Gesetzgebungen berücksichtigt. Ein Instrumentarium für Gleichheit und Unterschiedlichkeit wurde entwickelt und Fortschritte bei der Aktualisierung einer Beschäftigungsstudie der Kommission aus dem Jahre 2001 gemacht. Die Europäische Kommission hat die Einrichtung eines offiziellen Ausschusses für den sozialen Dialog im **Gassektor** genehmigt, der zum ersten Mal im März 2007 zusammenkommt.

Im Frühjahr 2006 nahm der Ausschuss für **kommunale und regionale Regierung** ein 2-Jahres-Arbeitsprogramm an, dessen Hauptthemen die folgenden sind: Stärkung des sozialen Dialogs in den neuen Mitgliedstaaten und Beitrittsländern durch Aufbau von Kapazitäten; Unterstützung des Reformprozesses mit dem Schwerpunkt auf dem Altern und der Arbeitsorganisation; Förderung der Gleichstellung und Unterschiedlichkeit; sowie die Evaluierung der verschiedenen Formen der Erbringung von kommunalen öffentlichen Diensten durch eine gemeinsame Untersuchung.

### **Koordination der Kollektivverhandlungen**

Es gab weitere Fortschritte bei den drei vom EGÖD eingeleiteten Hauptinitiativen zur Verbesserung der Koordination von Kollektivverhandlungen:

**epsucob@ network** Das Netzwerk besteht nun seit drei Jahren und hat mehr als 100 Korrespondenten von EGÖD-Mitgliedern in 28 Ländern. Das Sekretariat verlässt sich darauf, dass diese Kontakte Informationen zu Kollektivverhandlungen bereitstellen und verteilen, und hat das Netz zur Sammlung von Daten über eine ganze Reihe von Themen genutzt.

**epsucob@NEWS:** Das E-Mail-Bulletin erscheint alle zwei Wochen und hält die Leser auf dem Laufenden über die neuesten Entwicklungen bei den Kollektivverhandlungen; auf die Artikel kann über einen Länder-Index auf der EGÖD-Website zugegriffen werden. Die meisten Informationen kommen weiterhin von den Websites der Mitglieder oder anderen Informationsquellen über Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen. Der Newsletter erfreut sich mit 220 Empfängern nun einer noch breiteren Audienz.

**epsucob@INFO:** Fortschritte wurden gemacht bei der Errichtung einer Informationsquelle über Kollektivverhandlungen, die von den EGÖD-Mitgliedern über das Internet genutzt werden kann. Die Datenbank stand die meiste Zeit des Jahres zur Verfügung und enthält grundlegende Daten über rund 70 Lohnabkommen aus ganz Europa. Sie umfasst auch Links zu den Artikeln von *epsucob@NEWS* und Berichten auf der EIRO-Website. Es muss allerdings noch mehr getan werden, um die in jedem Land und Sektor verfügbaren Informationen auszuweiten und zu vertiefen.